

Streit um Amerikas Schulen

Das Coronavirus verstärkt die sozialen Unterschiede im Bildungswesen

MARIE-ASTRID LANGER, SAN FRANCISCO

In wenigen Wochen beginnt in mehreren amerikanischen Gliedstaaten das neue Schuljahr, in Hawaii etwa bereits am 4. August. Doch im Gegensatz zu anderen Ländern, die trotz Corona-Pandemie den Schulunterricht wieder aufgenommen haben, hat sich in den USA die Infektionskurve bisher nicht abgeflacht, im Gegenteil. In Schulbezirken im ganzen Land wird nun diskutiert, ob die Bildungseinrichtungen nach den Sommerferien wieder öffnen sollen.

Obwohl der Entscheid letztlich bei den Gemeinden liegt, ist die Debatte hochpolitisch. Für Präsident Donald Trump spielen die Schulen eine Schlüsselrolle bei der angestrebten schnellstmöglichen Rückkehr zur Normalität. Solange Kinder zu Hause lernen, können Millionen von Erwerbstätigen nicht an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. «Ich hätte gerne, dass die Schulen wieder öffnen», wiederholte Trump an einer Pressekonferenz im Weissen Haus am Mittwoch. Bildungsministerin Betsy DeVos drohte den Schulbezirken bereits, andernfalls die Finanzmittel zu kürzen.

Kein Internet, kein Laptop

Tatsächlich spricht einiges dafür, Schulen so schnell wie möglich wieder zu öffnen. Untersuchungen zeigen, dass die Wissenslücken amerikanischer Schüler schon jetzt gewaltig sein dürften, nachdem das vergangene Schuljahr zwei Monate früher geendet hat als geplant: Die Lesefähigkeiten von Schülern der 3. bis 8. Klasse dürften nur 70 Prozent im Vergleich zu einem normalen Schuljahr erreicht haben, die Kenntnisse in Mathematik gar nur 50 Prozent. Die Werte sind Durchschnittsangaben, bei Kindern aus bildungsfernen Familien sind die Wissenslücken wohl noch grösser. Experten warnen davor, dass diese unaufholbar werden, sollte das virtuelle Lernen noch Monate andauern. Laut Schätzungen verfügen rund 20 Prozent der Schüler im Land nicht über hinreichend schnelle Internetverbindungen; mancherorts geht es auch den Lehrern so. Viele Kinder verfügen zudem über keinen Computer.

Nicht nur aus akademischer Sicht wäre die Wiederöffnung der Schulen wichtig. Experten weisen zudem darauf hin, dass die Interaktion mit anderen Kindern und Lehrern für die psychologische und soziale Entwicklung extrem wichtig und später kaum noch nachzuholen ist. Zudem bekommen mehr als 26 Millionen Kinder, also knapp die



Lehrerinnen und ihre Angehörigen fordern am vergangenen Montag in Detroit eine «sichere oder gar keine Schule».

IMAGO

Hälfte aller Schüler in den USA, Mahlzeiten gratis oder subventioniert in der Schule, weil sie aus einkommensschwachen Familien stammen. Auch arbeiten die Eltern in solchen Haushalten oft nicht von zu Hause aus, sondern in Fabriken, Restaurants oder Supermärkten. Sie können ihre Kinder tagsüber nicht beaufsichtigen oder bei der Schularbeit unterstützen.

Zudem ist das Infektionsrisiko für Kinder offenbar geringer als für Erwachsene, wie Trump am Mittwoch korrekt betonte. Unter 18-Jährige machen knapp ein Viertel der Bevölkerung in den USA aus, aber weniger als 8 Prozent der Corona-Fälle. Laut dem Covkid-Projekt, das Covid-19-Infektionen bei Kindern und Jugendlichen verfolgt, mussten bisher 805 Minderjährige auf Intensivstationen behandelt werden. 77 sind an den Folgen des Virus gestorben. Hinzu kommen 342 minderjährige Patienten mit einer wohl mit dem Coronavirus in Bezug stehenden Herzerkrankung («multi-system inflammatory syndrome»). Laut einer Studie aus Frankreich übertragen Kinder das Virus auch seltener als Erwachsene. Die verbreitetste Erklärung

für all das sei, dass Kinder weniger Proteinrezeptoren hätten, an die das Virus andocken könne, sagte Mark Schleiss, pädiatrischer Infektiologe an der University of Minnesota, gegenüber der Website «Politico». Andere Theorien vermuteten, dass die kleineren Lungen von Kindern oder auch deren geringe Körpergrösse eine Übertragung erschwerten.

Geld für Masken und Tests fehlt

So wichtig Schulöffnungen wären, so gross ist die Unsicherheit angesichts rasant steigender Infektionszahlen und eines massiven Mangels an Covid-19-Tests, verbunden mit tagelangen Wartezeiten für die Ergebnisse. In Florida, einem der neuen Epizentren der Pandemie, hat nun die Lehrgewerkschaft dagegen geklagt, dass Gouverneur Ron DeSantis die Schulen zur Öffnung zwingen will – insbesondere für ältere Lehrkräfte sei das Infektionsrisiko zu gross. Viele Schulen argumentieren zudem, dass die 13,5 Milliarden Dollar an Hilfsgeldern aus Washington nicht reichten, um den neuen Hygiene- und Testempfehlungen, die etwa von den Centers for Disease

Control and Prevention stammen, nachzukommen; zumal viele Städte und Gemeinden, welche die öffentlichen Schulen zum Grossteil finanzieren, Finanzeinbussen durch die Pandemie hätten und Schulbudgets sogar noch hätten kürzen müssen. Das Ergebnis ist ein Flickenteppich an Lösungen: New York City als grösster Schulbezirk führt ein hybrides Modell ein, bei dem Schüler in Clustern und rotierend in die Klassenzimmer zurückkehren. Los Angeles und San Diego wollen angesichts der hohen Infektionszahlen in Südkalifornien ihre 800 000 Schüler weiter virtuell unterrichten.

Klar ist schon jetzt, dass die Pandemie die Ungleichheit im Bildungswesen noch verstärkt. 10 Prozent der knapp 57 Millionen Schulkinder in den USA besuchen Privatschulen wie die Punahou-Schule in Honolulu, die knapp 27 000 Dollar pro Jahr kostet, ein durchaus üblicher Preis. Dank üppigen Budgets konnten sich diese Schulen den neuen Anforderungen anpassen: Die Punahou-Schule etwa beschäftigt einen Epidemiologen und hat Fieber-Scanner in den Gängen installiert. Mitte August wird sie ihre Türen wieder öffnen.